

Hayek Essaywettbewerb 2019

Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen mit einer liberalen Gesellschaftsordnung zu vereinbaren?

– Josef Glavanovits

Seit mehreren Jahren ist die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens immer öfter Teil des politischen Diskurses. Bevor die eingangs gestellte Frage jedoch beantwortet werden kann, ist es nötig, die Begriffe *bedingungsloses Grundeinkommen* und *liberale Gesellschaftsordnung* zu definieren.

Begriffsdefinition

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist, dass alle erwachsenen (in manchen Konzepten auch minderjährige) Bürger – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation – einen gleichen festen finanziellen Betrag vom Staat erhalten, der an keine Bedingungen geknüpft ist und auch nicht zurückgezahlt werden muss. Das Ziel ist nicht nur, dass der Lebensunterhalt jedes Bürgers gesichert ist, sondern auch und besonders die Vereinfachung des Sozial- und Steuersystems. Auch die mögliche Entfaltung von innovativer sowie künstlerischer Kreativität wird oft ins Feld geführt. Die wichtigste Unterscheidung zu gängigen Konzepten eines Mindesteinkommens ist, dass das bedingungslose Grundeinkommen an jeden ausgezahlt wird, unabhängig davon, ob man einer geregelten Arbeit nachgeht oder über sonstige zusätzliche Einkommensquellen verfügt.

Eine liberale Gesellschaftsordnung wiederum geht von den Grundsätzen der englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts aus. Als philosophische, politische und ökonomische Bewegung betont der Liberalismus per definitionem die Freiheit. Freiheit wird hier jedoch weniger als Freiheit *zu* etwas verstanden (positive Freiheiten), sondern vor allem als Freiheit *von* Zwängen, wie staatlicher Unterdrückung, Zensur, Enteignung und Gewalt (negative Freiheiten) mit starker Betonung auf Eigenverantwortung.

Das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens stößt auch in liberalen, libertären, freiheitlichen und wirtschaftsliberalen Kreisen mitunter auf Zustimmung. Neben pragmati-

schen Argumenten wird immer wieder auch die vermeintliche grundsätzliche Vereinbarkeit mit liberalen Grundwerten ins Feld geführt. Die Idee einer Art Grundeinkommen für jeden Bürger ist dabei nicht neu. So trat schon Milton Friedman, einer der bekanntesten klassisch-liberalen Wirtschaftswissenschaftler, in den 1960er Jahren für eine sogenannte "negative Einkommensteuer" ein. Das würde bedeuten, dass Bürger mit zu geringem oder gar keinem Einkommen ein existenzsicherndes Bürgergeld vom Staat erhalten, das in dem Maße abnimmt, wie diese Bürger schließlich ein eigenes Einkommen erzielen.

Auch Friedrich August von Hayek war der Idee eines existenzsichernden Mindesteinkommens ganz und gar nicht abgeneigt, sondern sah dies sogar als Voraussetzung für eine liberale Gesellschaft, wie er in seinem Werk "Recht, Gesetz und Freiheit" schreibt. Jedoch ließ er offen, wie genau dieses Mindesteinkommen zustande kommen sollte.

Die Idee eines existenzsichernden Mindesteinkommens scheint also vereinbar zu sein mit liberalen Grundwerten. Die Frage, ob auch ein bedingungsloses Grundeinkommen mit einer liberalen Gesellschaftsordnung vereinbar ist, wird im Folgenden erörtert, bevor sie am Ende klar beantwortet wird.

Vereinfachung des Sozialsystems

Eines der Hauptargumente, das für das bedingungslose Grundeinkommen ins Treffen geführt wird, ist die Vereinfachung des Sozialsystems mit all den Vorteilen, die daraus entstehen würden. Anstatt verschiedene Formen von staatlicher sozialer Absicherung wie Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Studienbeihilfe, und Renten zu gewährleisten, würde einfach jeder dasselbe existenzsichernde Grundeinkommen beziehen.¹ Die Vorteile einer solchen Vereinfachung sind aus liberaler Perspektive vielfältig: Der Abbau von überbordender Verwaltung würde nicht nur für einen schlankeren Staat, sondern auch für mehr Effizienz sorgen. Weniger "Verwaltungsspeck" sorgt für einen schlankeren Staat und eine geringere Last für den Steuerzahler. Darüber hinaus würde dieser Umstand allein dafür sorgen, dass Anreize in der Bürokratie, sich immer größer aufzublasen, als auch für Individuen, die Bürokratie zu ihren Gunsten auszunutzen, wegfallen würden.

Während die Vorstellung einer Vereinfachung des Sozialsystems sowie der Abbau von bürokratischer Verwaltung, aus liberaler Perspektive durchaus zu begrüßen ist, fußen diese Konzepte dennoch auf wackeligen Beinen.

¹ Wobei sich hier die Entwürfe eines bedingungslosen Grundeinkommens hinsichtlich etwaigen zusätzlichen staatlichen Leistungen – je nach politischem Lager – unterscheiden.

Eine Vereinfachung des Sozialstaates klingt auf den ersten Blick zwar gut, die politischen und sozialen Folgen wirken aber kaum zu Ende gedacht. Würden sich soziale Unterstützungsleistungen nämlich nicht (mehr) an der vermeintlichen Bedürftigkeit sowie der unterschiedlichen Lebensrealitäten von verschiedenen Menschen (z.B. körperliche und geistige Einschränkungen, Pflegefälle, Unfälle) orientieren, wären auftretende Partikularinteressen und vermehrte Intervention von Interessenvertretungen – sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Parteienlandschaft – vorprogrammiert.

Hier ist es vonnöten den politischen Begriff der Themenhoheit (engl. "issue ownership") einzuführen. Dieses Konzept geht davon aus, dass verschiedene politische Akteure gewisse Themen für sich beanspruchen und – noch wichtiger – dies von der Wählerschaft auch erkannt wird. Dabei werden sowohl bestimmte Themen vorwiegend mit diesen Akteuren verbunden, als auch diesen (zumeist) höhere Kompetenz zugetraut. Grüne Parteien zum Beispiel werden im Schnitt hauptsächlich mit Umweltthemen assoziiert und ein Großteil der Wähler spricht ihnen auch dahingehend entsprechende Kompetenz zu. Dasselbe gilt für sozialistische oder sozialdemokratische Parteien, die besonders mit sozialem Ausgleich in Verbindung gebracht werden.

Verlieren die Themen, über die politische Akteure die Deutungshoheit haben an Relevanz, verlieren automatisch auch diese politischen Akteure an Relevanz. Um im politischen Wettbewerb zu bestehen, müssen sie sich entweder umorientieren, was mit hohen Kosten und Risiko behaftet ist, oder versuchen, diese Themen wieder relevant zu machen.

Die Folge dieser angedachten Vereinfachung des Sozialsystems wäre ein Verlust an Relevanz für Parteien, deren Themenherrschaft der soziale Ausgleich ist. Jegliche Art von Interessenvertretung von verschiedenen sozial schwächeren Gruppen, wie auch die betroffenen Personen selbst, haben keinerlei Eigeninteresse an einer Harmonisierung im Sinne des bedingungslosen Grundeinkommens, ganz im Gegenteil. Würde auf bestimmte Einzelschicksale und Partikularinteressen von verschiedenen Gruppen keine Rücksicht genommen werden, so würde es nicht lange dauern bis Stimmen laut würden, die es als ungerecht ansehen würden, dieselbe Summe an alle auszuschütten. Ganz im Sinne des intersektionalen Zeitgeistes würden somit schnell Opferhierarchien entstehen. Ungleiche Zuwendungen an Menschen würden genau von jenen gefordert werden, die sich seit jeher für Gleichheit einsetzen.

An die Vereinfachung des Sozialsystems und den Abbau von Bürokratie zu glauben, ohne die realpolitischen Folgen mit einzubeziehen wäre daher schlichtweg naiv.

Mündigkeit durch Anspruchsdenken?

Ein weiterer Effekt der Vereinfachung des Sozialsystems durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre, dass der Sozialstaat weniger bevormundend agiert. Anstatt Nachweise über die eigene Bedürftigkeit erbringen zu müssen, würden ärmere Menschen die Bestätigung erfahren, selbst am besten zu wissen was sie benötigen. Somit stünde die Mündigkeit des Bürgers im Vordergrund, der frei über sein Eigentum entscheiden könnte.

Dieser Gedanke übersieht dabei jedoch einen wesentlichen Punkt: er betont die positive, nicht die negative Freiheit. Staatliche Zuwendungen, die ohne (Gegen-)Leistung und von allen – unabhängig ihrer Leistungsfähigkeit – erhalten werden und dabei an keinerlei Verpflichtungen geknüpft sind, fördern Anspruchsdenken anstatt Autonomie zu belohnen. Der Staat als gnädiger Verteiler von Geld wird in Folge nicht mehr als Sicherheitsnetz betrachtet, sondern großzügiger Gönner. Die Tatsache, dass dieses Geld aus Steuern kommt, die von jemandem erst erwirtschaftet werden mussten, würde dabei schnell übersehen werden, schließlich stünde es ja jedem bedingungslos zu.

Auf lange Sicht würde also diese Entwicklung genau jene Grundgedanken im Keim ersticken, die den Liberalismus einst überhaupt erst ausmachten. Anstatt mündige, freie und eigenverantwortliche Bürger zu fördern, würden Menschen zur Erwartungshaltung erzogen. Aus der rechtlichen Grundlage, die dieses bedingungslose Grundeinkommen garantiert, würde schnell der moralische Anspruch: Das steht mir zu.

Zu behaupten, dass bedingungslose Zuwendungen von staatlicher Seite für alle Eigenverantwortung und Mündigkeit von Individuen fördern würde, ist eine paradoxe Auffassung von Freiheit und denkt somit den liberalen Grundgedanken zu kurz.

Beförderung der Mobilität

Als weiteres Argument für das bedingungslose Grundeinkommen aus liberaler Sicht wird oft die Beförderung der Mobilität angeführt. Bürger, die über ein ausreichend großes Grundeinkommen verfügen, wären frei, auch ihren Standort zu wechseln, um die Wirtschaft auch ausreichend an jenen Orten anzukurbeln, wo Arbeitskräfte benötigt werden. Die Überlegung dabei ist, dass Menschen bisher oft deshalb nicht für mögliche Arbeitsplätze umziehen, weil ihnen die nötige Absicherung fehlt, die mit einem Umzug einhergehen müsste. In Summe leidet darunter die Wirtschaft gleich doppelt: Dort wo zu wenige Arbeitsplätze sind, gibt es zu

viele Menschen ohne Arbeit, und dort wo Arbeitskräfte benötigt werden, finden sich nicht genug Arbeitsplätze.

Wichtig bei diesem Argument ist es, zu verstehen, dass es bereits gewisse Annahmen impliziert, die besonders mit dem Faktor Arbeit zu tun haben. Ein oft vorgebrachtes Gegenargument für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist, dass es möglicherweise den Anreiz arbeiten zu gehen abschafft.

Hierbei ist es nötig zu wissen, was überhaupt die Motivation für Menschen ist zu arbeiten. Verschiedene Studien, wie zum Beispiel die European Values Study beweisen, dass Arbeit für die meisten Menschen in Europa nicht nur nach der Familie und Freunden eines der zentralsten Lebensfelder ist, sondern auch, dass es intrinsische Beweggründe zur Leistungsbereitschaft gibt. Das Gefühl etwas zu erreichen, Initiative zu entfalten und Verantwortung zu übernehmen, sowie einer Arbeit nachgehen zu müssen, um seine Fähigkeiten voll entfalten zu können, aber natürlich auch um Geld zu verdienen, all dies sind Beweggründe zu arbeiten, die im europäischen Kulturkreis weit verbreitet sind. Somit ist nicht davon auszugehen, dass mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens automatisch die Arbeitsbereitschaft sinken würde. Längsschnittstudien zeigen zwar auch, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer wichtiger wird (Stichwort "work-life-balance"), ein bedingungsloses Grundeinkommen würde aber wohl höchstens zu einer leichten Arbeitszeitverkürzung vor allem unter Personen mit Kleinkindern oder anderen Betreuungspflichten führen, wie das auch schon Studien zeigten, die mit einer negativen Einkommenssteuer experimentierten.

Während also nicht davon auszugehen ist, dass mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Arbeitsbereitschaft massiv reduziert würde, gibt es allerdings auch keine Indizien, dass die Bereitschaft für eine Arbeitsstelle umzuziehen, durch dieses drastisch erhöht werden würde. Denn, obwohl der Stellenwert von Arbeit im westlichen Kulturkreis sehr hoch ist, bleibt die Priorität der Familie und sogar des Freundeskreises für die meisten Menschen eindeutig höher.

Daher kann man nicht annehmen, dass Personen, deren Beweggründe für einen Arbeitsplatz nicht umzuziehen schon bisher der Verlust des sozialen Umfelds oder gar der Heimat war, sich von einem bedingungslosen Grundeinkommen vom Gegenteil überzeugen lassen würden.

Folgen für den Wirtschaftsstandort

Abgesehen von der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, die bisher noch von keinem Befürworter glaubhaft vermittelt werden konnte, sind es auch die Auswirkungen

auf den Wirtschaftsstandort die im Diskurs öfter untergehen. Angenommen es würden sich keine größeren Veränderungen auf die Beschäftigungsquote ergeben, würde das Ausschütten eines bedingungslosen Grundeinkommens an alle Personen – egal ob erwerbstätig oder nicht – dazu führen, dass auf einmal mehr Geld im Umlauf ist. Folge dessen würden die Preise steigen, eine Inflation wäre unvermeidlich. Um dieser Inflation entgegenzutreten, könnte entweder der Staat einschreiten oder aber Unternehmen von sich aus das Gehaltsniveau entsprechend nach unten anpassen. Die Folge davon wäre wiederum, dass nicht genug Steuereinnahmen aus Arbeit lukriert werden könnten, die der Staat aber für die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens benötigen würde. Es wäre daher ein komplettes Umkrempeln der Art und Weise wie Steuern eingetrieben werden vonnöten.

Mögliche Auswege wären eine höhere Besteuerung von Konsumgütern, Arbeit, oder Vermögen. Erhöhte Vermögenssteuern würden zu einer Steuerflucht von besonders vermögenden – natürlichen und juristischen – Personen führen. Der Effekt würde wie so oft entweder nach kurzer Zeit verpuffen oder gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv sein. Erhöht man die Lohnsteuer würde man den Wirtschaftsstandort nachhaltig schwächen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer wiederum hätte zur Folge, dass gerade sozial schwächere Personen, die vielleicht gar nicht in der Lage sind, ein Zusatzeinkommen durch geregelte Arbeit lukrieren zu können, an Kaufkraft verlieren. Infolgedessen müsste das bedingungslose Grundeinkommen erhöht werden, was einen Teufelskreis in Gang setzen würde, der erst recht in einer Inflation münden würde.

Zudem muss man sich die Frage stellen, inwiefern eine Verringerung der Gehälter, die von Unternehmen bezahlt werden, den Wirtschaftsstandort verändern würde. Die Abwanderung von bisherigen Spitzenverdienern, die davor besonders viel an Steuern beigetragen haben, wäre wohl auch eine Folge. Darüber hinaus würde die Motivation sinken, sich überhaupt durch Arbeit etwas dazuzuverdienen, wenn der Einkommenszuwachs zu gering ist.

Dies betrifft auch insbesondere unbeliebte Berufe, die bis dato schlecht bezahlt werden, weil sie niedrige Grundqualifikation, Verantwortung oder Risiko voraussetzen. Der Gedanke, dass die mögliche zukünftige Automatisierung den Bedarf all dieser Berufe abdecken wird, ist zu diesem Zeitpunkt zumindest noch utopisch. In der Zwischenzeit könnte dies dazu führen, dass jene Berufe besser bezahlt werden müssten. Was auf den ersten Blick vielleicht gut klingen mag, hat aber auch zur Folge, dass diese erhöhten Kosten von Unternehmen an die Konsumenten weitergegeben werden. Gleichzeitig würde der dadurch entstandene Arbeitskräftemangel zu einer Warenknappheit bei gleichbleibender Nachfrage führen. Weitere Preissteigerungen wären die Folge und die Inflation würde zusätzlich angekurbelt werden.

Migration

Anknüpfend an die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort und die Arbeitswelt ergibt sich unweigerlich auch die Frage, wie mit Migration umgegangen werden soll. Dieses Thema wird im öffentlichen Diskurs über das bedingungslose Grundeinkommen gerne ausgespart.

Als Reaktion auf einen möglichen Arbeitskräftemangel für unbeliebte oder schlecht bezahlte Tätigkeiten könnten manche auf die Idee kommen, ähnlich zu den Gastarbeitern aus den vorigen Jahrzehnten, diese Positionen mit arbeitswilligeren Personen aus dem Ausland zu besetzen. Inwiefern sich dieses Konzept in der Vergangenheit mit all seinen Auswirkungen bewährt hat, sei dahingestellt. Die ethischen Implikationen, unbeliebte Tätigkeiten mit Migranten zu besetzen, sprechen jedenfalls auch nicht unbedingt dafür.

Würde man diesen Lösungsansatz aber verfolgen, hätte man – rein wirtschaftlich gesehen, die kulturelle Ebene wird an dieser Stelle außen vor gelassen – gleich zwei Probleme. Einerseits würden weniger Menschen, die das bedingungslose Grundeinkommen beziehen arbeiten gehen und Steuern zahlen, immerhin macht es ja dann jemand anderes. Andererseits stellt dies den Staat gleich vor das nächste große Problem: wie geht man bei einem vorhandenen bedingungslosen Grundeinkommen mit Migranten um?

Abgesehen davon, dass jeder Staat, der ein bedingungsloses Grundeinkommen einführt, damit rechnen muss, Anreize an potenzielle Immigranten zu setzen, muss die Frage gestellt werden, welche Bewohner eines Landes berechtigt wären, das bedingungslose Grundeinkommen auch zu beziehen. Gilt es nur für Staatsbürger? – Wenn ja, ergeben sich dadurch auch Veränderungen in den Voraussetzungen wann und wie jemand die Staatsbürgerschaft erhält? Diese Frage würde durchaus konfliktreich zwischen Parteien und verschiedenen Interessenvertretern verhandelt werden und birgt große Spannungen und Gefahren für den sozialen Zusammenhalt.

Oder würde das bedingungslose Grundeinkommen für alle Bewohner eines Landes gelten? – Wenn ja, wäre ein Ansturm von Migranten in dieses Land wohl nicht zu verhindern. Der soziale Frieden wäre auch hier bedroht.

Geordnete oder gar geregelte Migration setzt also eine unangenehme Debatte darüber voraus, wer wann Anspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte.

Kulturelle Veränderungen

Ein weiteres Thema, das oft ausgespart wird, ist jenes, welche kulturellen Auswirkungen ein bedingungsloses Grundeinkommen auf Dauer auf eine Gesellschaft hat. Welche Effekte hat

die veränderte Anreizstruktur auf die Bevölkerung? Was passiert mit jenen, die möglicherweise kein intrinsisches Verlangen nach Produktivität und einer Beschäftigung haben? Wie verändert sich der Zugang zu und das Verständnis von Geld? Wie ändern sich die Wertehaltungen bezüglich Arbeit und Freizeit? Und vor allem, wie verändern sich die Einstellungen gegenüber dem Staat? – Bedeutet ein bedingungsloses Grundeinkommen an alle Bürger wirklich eine Verschlankung des Staates? Können staatlich ausgeschüttete Leistungen an Bürger nicht blinden Gehorsam gegenüber diesem Staat zur Folge haben? Macht sich eine Gesellschaft als Ansammlung von Individuen dadurch nicht erst recht vom Staat abhängig und inwiefern ist sie – und besonders der Einzelne – dann noch frei und eigenverantwortlich? Und welche Reaktion wäre die Folge nach ausbleibenden Ansprüchen und fehlendem Verständnis für Eigenverantwortung im Falle eines krachenden Scheiterns dieses Experiments?

Die Unvereinbarkeit mit einer liberalen Gesellschaftsordnung

Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen also mit einer liberalen Gesellschaftsordnung vereinbar? – Die kurze Antwort lautet: Nein.

Weder scheinen die politischen, ökonomischen, sowie kulturellen Auswirkungen gründlich durchdacht, noch führen dahingehende Überlegungen zu Ergebnissen, die man – schon gar nicht aus liberaler Perspektive – für wünschenswert erachten könnte.

Die Vereinfachung des Sozialsystems würde wohl nicht lange Bestand haben. Zu groß ist das Eigeninteresse von politischen Akteuren als auch in der Zivilgesellschaft, einer Harmonisierung von staatlichen Zuwendungen am Ende aktiv entgegenzuwirken.

Auch die Förderung von innerstaatlicher Mobilität zugunsten des Wirtschaftswachstums ist mehr als zweifelhaft. Denn die Motivation, warum viele Menschen nicht gewillt sind, ihr gewohntes Umfeld für eine bezahlte Beschäftigung aufzugeben, ist in den meisten Fällen nicht ökonomisch, sondern sozial und familiär begründet. Zudem würde ein ausreichendes Grundeinkommen in Wahrheit einen Gegenanreiz liefern, sein soziales Umfeld zugunsten eines Arbeitsplatzes zu verlassen, da man ohnehin bereits abgesichert wäre.

Dies ist auch dadurch begründet, dass die Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens für den Wirtschaftsstandort unweigerlich mit einer Reduktion von Zusatzeinkünften durch bezahlte Arbeit einhergehen müssten, um eine inflationäre Katastrophe abzuwenden. Zudem wären möglicherweise unangenehme Debatten darüber zu führen, wie mit Migration umgegangen wird.

Der wesentliche Punkt aber, warum ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht mit einer liberalen Gesellschaftsordnung vereinbar ist, ist jener, dass es nicht Eigenverantwortung, sondern Abhängigkeit vom Staat fördern würde. Es ist wünschenswert, dass jeder Bürger über ein existenzsicherndes Einkommen verfügt, darüber ist sich jeder einig. Die Frage nach dem *wie* ist jedoch entscheidend. Ein staatlich garantiertes bedingungsloses Grundeinkommen für jeden birgt die große Gefahr, dass eben gegen jene Werte, wie Eigenverantwortung, individuelle Freiheit und ein schlanker Staat, die eine liberale Gesellschaft überhaupt erst ausmachen, verstoßen wird.

Freiheit ist die Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum, nicht umgekehrt. So und nicht anders hat es Friedrich August von Hayek bereits 1960 in der "Verfassung der Freiheit" beschrieben. Sieht man allerdings Wohlstand als Voraussetzung für Freiheit an, zeugt dies nicht nur von einem beschränkten Freiheitsbegriff, sondern man wird am Ende beides verlieren.